

Dringliche Motion Reto Nause (CVP): Gewährleistung der Sicherheitsdienstleistungen und Sicherheitsinfrastruktur

Gemäss Medienberichten (20 Minuten, Berner Zeitung) ist in Bern sonntags eine Anzeige bei der Polizei nur bei schweren Officialdelikten möglich. Diese Praxis ist untragbar und in der Schweiz einzigartig.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert:

- diese Praxis sofort zu ändern, damit Anzeigen bei der Polizei rund um die Uhr und an allen Wochentagen möglich sind;
- die personellen und finanziellen Ressourcen bereitzustellen, damit die Polizei das zwingende Grundangebot an Sicherheitsdienstleistungen wahrnehmen kann. Das Erstellen von Anzeige ist Teil dieses Grundangebots.

Begründung:

Für Opfer von Verbrechen ist es nicht nachvollziehbar, wenn sie aus „Spargründen“ bei der Polizei abgewiesen und auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet werden. Die Bevölkerung erlebt einen solchen Einschnitt beim Dienstleistungsangebot der Polizei als Abbau der Sicherheit in der Stadt Bern. Für den Tourismus- und Wirtschaftsstandort Bern wird sich ein derart nachlässiger Umgang mit dem Gut „Sicherheit“ Image schädigend auswirken. Im Vorfeld von kommenden Grossereignissen wie der EURO 08 werfen die Abbaumassnahmen des Gemeinderats zudem berechnete Fragen auf: Kann Bern die Sicherheit überhaupt gewährleisten oder wird sie aus „Spargründen“ vernachlässigt?

Aus rechtlicher Sicht ist die Abweisung von Opfern durch die Stadt ebenfalls problematisch: Bern riskiert Klagen von Betroffenen wegen unterlassener Hilfeleistung. Die Suche nach möglichen Zeugen eines Vorfalls wird verzögert und möglicherweise gar verunmöglicht.

Für die betroffenen Polizeibeamten ist der Vollzug dieser Praxis schwierig: Wie soll via Gegensprechanlage beurteilt werden, ob es sich um schwere Officialdelikte handelt? Für die Opfer ist die Praxis untauglich und unwürdig.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Fortführung der aktuellen Praxis ist für die Opfer und Bevölkerung untragbar. Die Stadt Bern läuft Gefahr, mit Schadenersatzforderungen von Opfern konfrontiert zu werden.

Bern, 26. Januar 2006

Dringliche Motion Reto Nause (CVP), Daniel Lerch, Daniel Kast, Ernst Stauffer, Beat Schori, Mario Imhof, Ueli Stückelberger, Martin Trachsel, Ueli Haudenschild, Lydia Riesen, Christoph Müller, Peter Bernasconi, Erich J. Hess, Sibylle Burger-Bono, Thomas Weil, Hans Peter Aeberhard, Rudolf Friedli, Dolores Dana, Beat Gubser, Stephan Hügli-Schaad, Gabriela Bader Rohner, Raymond Anliker, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Claudia Kuster, Anette Lehmann, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Ruedi Keller, Margrith Beyeler-Graf, Sarah Kämpf, Gisela Vollmer, Beat Zobrist, Anna Magdalena Linder, Conradin Conzetti, Markus Blatter

Die Dringlichkeit wurde vom Stadtrat bejaht.